

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 05/2025 vom 12. Juni 2025, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz Peter Aegerter, Martin Allemann, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Reto Beutler, Thomas Bieri, Valentin Bortler, Adrian Christen, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Christoph Lauener, Iris Lauper, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Noëmi Porfido, Alex Reymondin, Claude Schlapbach, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger (bis 18:50 Uhr, während Traktandum 8), Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch (bis 19:00 Uhr, während Traktandum 9), Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Judith Lüdi
Entschuldigt	Stadträte Philipp Deriaz, Leonardo Schlatter und Alois Studerus
Schluss der Sitzung	19:10 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung und mutmasst, dass alle die sommerlichen Temperaturen geniessen. Er hofft, dass sich die Stimmung nicht gleichermassen erhitzen wird, wie in der letzten Sitzung. Sein Anliegen ist es, sich wieder auf die gute Ratskultur zu konzentrieren und einen respektvollen Umgang untereinander zu pflegen. Dazu zählt für ihn auch, Anträge mit gewissem Potenzial zu Veränderungen der Geschäfte frühzeitig einzureichen. So können unerwartete Überraschungen vermieden werden.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

50. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. Mai 2025

Stadratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

51. Schulkommission

Wahl von Klaus Armingeon (SP) für vakanten Sitz der SP-Fraktion. Wechsel von Nicolas Glauser auf den Sitz der Fraktion GLP/EVP/EDU aufgrund des Rücktritts von Tina Huggler-Locher (EDU)

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2025

Marc Fritschi (Parteilos) fragt, was der Unterschied zwischen einer Wahl und einem Wechsel ist. Gemäss Traktandenliste gibt es sowohl bei der SP wie auch bei der GLP/EVP/EDU eine Vakanz.

Der Stadtratssekretär erklärt, dass Sitze ab und zu im Einverständnis mit den Fraktionen durch Leute besetzt werden, die nicht in der entsprechenden Fraktion sind. Das war hier der Fall. Durch den Rücktritt wurde die Person wieder ihrer Fraktion zugeteilt und somit die Ersatzwahl für die SP-Fraktion vorgenommen. So sind alle wieder dort, wo sie hingehören. Nicolas Glauser ist ja bereits Mitglied der Schulkommission.

Der Stadtratspräsident dankt Tina Huggler-Locher für ihr Engagement und wünscht Klaus Armingeon in seinem neuen Amt viel Erfolg.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 30. April 2025, beschliesst:

1. Von der Demission von Tina Huggler per 30. Juni 2025 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Für den Sitz der SP-Fraktion wird Klaus Armingeon, geb. 1954, Politikwissenschaftler, wohnhaft in Thun, als neues Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab 1. Juli 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Nicolas Glauser (GLP, bereits Mitglied der Schulkommission) übernimmt per 1. Juli 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer, den der Fraktion GLP/EVP/EDU zustehenden Sitz in der Schulkommission.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

52. Jahresrechnung und Jahresbericht 2024

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 09/2025

Gemeinderätin Andrea de Meuron findet, die strahlend helle Stimmung draussen passt zu ihrer Stimmung bezüglich Jahresrechnung. Sie freut sich, die Jahresrechnung präsentieren und zur Annahme empfehlen zu dürfen. Die Sicherheit und Stabilität wie auch die Verlässlichkeit der Thuner Stadtfinanzen zeigen eine Konstanz. Sie betont, dass dies gerade in einer von vielen Unsicherheiten geprägten Zeit ein sehr wertvolles Gut ist. Für den Gesamthaushalt konnte ein Ertragsüberschuss von 2.7 Mio. Franken verzeichnet werden. Das ist eine Verbesserung von 2.2 Mio. Franken. Der Steuerhaushalt schliesst mit 1.5 Mio. Franken statt der budgetierten schwarzen Null im Plus ab. Die Investitionen liegen mit 17.1 Mio. Franken deutlich unter dem Budget. Geplant waren 24.1 Mio. Franken. Der Realisierungsgrad entspricht ungefähr 71 Prozent. Daraus kann der Finanzierungsüberschuss von 2.2 Mio. Franken abgeleitet werden. Erfreulich ist auch, dass die Selbstfinanzierung auf 19.3 Mio. Franken gestiegen und ein Selbstfinanzierungsgrad von 113 Prozent zu verzeichnet ist. Als Wehrmutstropfen zu verzeichnen ist, dass die Selbstfinanzierung im Vergleich zur Jahresrechnung 2023 um 3.5 Mio. Franken auf 19.3 Mio. Franken sinkt. Bei einem Abschluss fragt man sich jeweils nach der Erklärung für eine in diesem Fall Besserstellung. Die Erklärung findet sich in den Umsatzzahlen des Steuerhaushalts. Sie betont, dass der Aufwand tiefer als budgetiert ausfällt. Der Ertrag entspricht weitgehend dem Budget. In Anbetracht der Millionenbeträge handelt es sich bei der Abweichung der Steuereinnahmen von lediglich 1.89 Prozent, also einem Plus von 2.7 Mio. Franken, quasi um eine Punktlandung. Wird diese Abweichung im Quervergleich zu anderen Gemeinden betrachtet, so ist zu sehen, dass Thun sehr gut dasteht. Der tiefe Finanzaufwand kommt daher, dass es vor allem bei den Liegenschaften Projektverzögerungen gibt. Ein Beispiel dazu ist das Engelshaus. Weiter gibt es aufgrund dem bereits genannten tiefen Realisierungsgrad weniger Investitionen. Als Beispiel dazu nennt sie das Empa-Areal, die in der Erfolgs- und nicht in der Investitionsrechnung verbuchte EURO sowie der Bereich Verkehrsanlagen und Gewässer. Sie kommt zur langfristigen Entwicklung zu sprechen. Der Finanzierungserfolg für die letzten vier Jahre, also die Differenz zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen, beträgt kumuliert plus 52.3 Mio. Franken. Dieser Überschuss hat die Finanzsituation nochmals nachhaltig verbessert. Eine Zehnjahresbilanz zeigt, dass die Stadt Thun im Schnitt jährlich 16.1 Mio. Franken selber erwirtschaften und 15.2 Mio. Franken investieren konnte. Das ergibt einen positiven Finanzierungserfolg von insgesamt 9.3 Mio. Franken, im Schnitt also 1 Mio. Franken pro Jahr. Ebenfalls positiv zu betonen gilt es, dass das Nettovermögen pro Kopf von 1'707 auf 2'909 Franken gestiegen ist, was eine deutliche Stärkung der Eigenkapitalbasis zeigt. Thun weist unter den Berner Städten eine sehr gesunde Finanzlage auf. Die Rechnung vom Gemeinderat ist aufgegangen. Auch hat sich das Vorzeichen im Budget bestätigt. Beim Thema Steuersenkung wurde geäußert, dass mit dem Budget 2025 geschaut werden will, welche Steuersenkung verantwortet und beantragt werden kann. Die Stimmbevölkerung hat die Steuersenkung auf 1.66 ebenfalls deutlich beschlossen. Wäre die Senkung schon in diesem Jahr wirksam gewesen, so wäre jetzt ein knapp defizitärer Abschluss zu verbuchen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass die Steuersenkung mit der Investitionsfähigkeit ausbalanciert wird. Die positive Selbstfinanzierung ist für eine rote Linie massgebend. Der hohe Investitionsbedarf ist allen bekannt. Dabei denkt sie vor allem an die Schulhäuser, die saniert werden müssen. Sie wollen auch zukünftig schauen, dass der Haushalt trotz geopolitischen Unsicherheiten nachhaltig ausgeglichen wird. Weiter gibt es Rahmenbedingungen, die nicht beeinflusst werden können. Dazu nennt sie die für 2027 geplante kantonale Steuerreform. Deren Umsetzung würde für die Stadt Thun ein Minusbetrag von 2.8 Mio. Franken bedeuten. Alles in allem ist das Ergebnis erfreulich und sie freut sich auf die Debatte.

Martin Allemann, **Präsident BRK**, äussert, dass die intensive Befassung der einzelnen SAKOs mit den Produktegruppen in der BRK Sitzung positiv gewertet wurde. Sie haben festgestellt, dass beim Teil B der Jahresrechnung die Spezialfinanzierung der Thuner Feuerwehr gut dotiert ist. Es wurde ihnen mitgeteilt, dass diese Reserven für den geplanten Neubau des Feuerwehrmagazins gebraucht werden. Die weiteren Fragen der BRK wurden zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Im letzten Rechnungsjahr konnte erneut ein Überschuss erzielt werden, was vor allem auf die gegenüber dem Budget höher ausgefallenen Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Zu hoffen bleibt, dass dieser Trend trotz der beschlossenen Steuersenkung auch im laufenden Jahr anhält. Erwähnen möchte er die Ausführungen der Rechnungsprüfung der Firma BDO AG. Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung weist nach wie vor ein Defizit auf. Dieses muss aufgrund der kantonalen Vorgaben bis Ende 2027 abgebaut werden. Der Gemeinderat hat hierzu schon reagiert und die Gebühren fürs laufende Jahr erhöht. Bei den Schulen gab es auf die Namen der Lehrer lautende Bankkonten. Bei einem Todesfall käme das Geld in die Erbmasse des Lehrers. Es wurde angeregt, dass die Namen der Bankkonten auf die Namen der Schulen gewechselt werden. Diese Umsetzung konnte bis auf ein Bankkonto bereits erfolgen. Ebenfalls erwähnt wurden die Verpflichtungskreditabrechnungen. Im Jahr 2024 wurden 60 Verpflichtungskredite aus früheren Jahren abgerechnet. Mit der neu erarbeiteten Weisung «Abrechnung Verpflichtungskredit für Investitionsrechnungen» soll sichergestellt werden, dass eine fristgerechte Abrechnung erfolgt. Sollte dem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden, so würde die BRK ins Spiel kommen. Dies ist ein vom Gemeinderat festgelegtes Kaskadenprinzip. Insgesamt hat die Firma BDO AG die Stadt Thun dafür gelobt, dass ihre Empfehlungen rasch umgesetzt werden und eine gute Zusammenarbeit besteht. Er dankt im Namen der BRK den Verantwortlichen der Stadt Thun für ihren Einsatz, die gute Zusammenarbeit und die gut dargestellten Jahresberichte. Die BRK hat der Rechnung einstimmig zugestimmt und empfiehlt die Annahme im Sinne der Anträge des Gemeinderats.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der gesamten Finanzverwaltung. Die mehrheitlich sehr positiven Zahlen konnten im Vorfeld studiert werden. Es wurde bereits erwähnt, dass die Stadt Thun gut mitgearbeitet hat. Ihm scheint, als wäre die Finanzvorsteherin beim Schreiben ihrer Rede mit ihm verbunden gewesen, so sind die Gesamtäusserungen doch sehr denkungsgleich. Er hat sich vor allem ums Nettoresultat gekümmert. Dieses zeigt ihm eindrücklich, dass der Entscheid zur Steuersenkung richtig war. Aus seiner Sicht wäre sogar mehr drin gelegen. Auch in diesem Jahr mussten oder durften 2 Mio. Franken in die finanzpolitischen Reserven gebucht werden. Der Überschuss wäre also sogar bei 3.4 Mio. Franken gelegen. Glücklicherweise soll diese Massnahme zukünftig aufgehoben werden, so können der effektive Ertrag und Aufwand aufgezeigt werden. Bei der Vorfinanzierung im Eigenkapital sind zu Lasten der Erfolgsrechnung rund 9 Mio. Franken gebildet worden. Dabei ist ihm aufgefallen, dass bei den Investitionen von Liegenschaften gesamthaft rund 160 Mio. Franken zurückgestellt und vorfinanziert wurden. Dies ohne die Spezialfinanzierung Werterhalt Abwasseranlagen. Im Jahr 2024 wurden gesamthaft rund 17 Mio. Franken investiert. Er ist der Auffassung, dass die Stadt Thun in diesem Bereich ein schönes Polster hat. Der Nettoertrag würde sich als ohne die zusätzlichen 2 Mio. Franken Abschreibungen nochmals verbessern. Auch sie finden, dass die Rechnung der Stadt Thun stabil bleiben und Schwankungen aushalten muss. Dennoch sind sie der Meinung, dass die Politik und die Verwaltung die Steuerbelastung aller Thunerinnen und Thuner im Auge behalten müssen. Anders als Finanzvorsteherin Andrea de Meuron ist er überzeugt, dass das Rechnungsergebnis mit einem Teilverzicht der Rückstellungen auch bei einem tieferen Steuersatz schwarz gewesen wäre. Die Fraktion wird die Rechnung einstimmig genehmigen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hält fest, dass dieser solide Jahresabschluss mit einem satten Plus beruhigend ist. Die Rechnung macht nochmals Freude. Es wird sich zeigen, ob auch die nächste Rechnung noch so ausfallen wird. Er ist überzeugt, dass man bei einer bereits erfolgten Umsetzung der Steuersenkung jetzt womöglich grössere Probleme hätte und definitiv im roten Bereich wäre. Sie sehen dem nächsten Jahr gespannt entgegen und sind froh, dass in der Stadt Thun eine vernünftige und solide Finanzpolitik geführt wird. Ein kleiner Dorn im Auge ist ihnen, dass trotz all den smarten Planungswerten der Realisierungsgrad bei den Investitionen und zum Teil auch beim baulichen Unterhalt nicht dort ist,

wo man ihn möchte. Dies wiederholt sich und man fragt sich, ob man in der Planung und Budgetierung zu optimistisch unterwegs ist. Womöglich hat der tiefe Realisierungsgrad auch mit fehlenden Ressourcen der Stadt oder der Verteilung der Ressourcen zu tun. Der tiefe Realisierungsgrad kommt ihm wie eine lästige Fliege vor, die man nie ganz loswird. Insgesamt kann sich aber eine Stadt mit einem solchen Finanzhaushalt und nur einer lästigen Fliege glücklich schätzen. Gerade auch bei einem Blick über die Stadtgrenze hinaus, weiss man, dass es der Stadt gut geht. Er dankt allen Verantwortungsträgern und Verantwortungsträgerinnen, sei es im Gemeinderat, in der Verwaltung und besonders auch in der Finanzverwaltung für das Zahlenwerk, den Jahresbericht und alles, was dahintersteht. Sie würdigen die Arbeit, die dahintersteht.

Gemeinderätin Andrea de Meuron freut sich über die gute Aufnahme. Sie dankt für die intensive Auseinandersetzung mit den Unterlagen in den SAKOs wie auch in der BRK. Dies zeigt, dass die Arbeit dahinter gewürdigt wird. Zu Stadtrat Thomas Bieri seiner Aussage äussert sie, dass darum gehe, ob das Glas halb voll oder halb leer sei. Die Betrachtung des Abschlusses zeigt, dass man in einem guten Toleranzbereich ist. Der genannte Realisierungsgrad ist auch dem Gemeinderat ein grosses Anliegen. Zum Teil gibt es äussere Rahmenbedingungen, wie ein Baustopp oder Stillstand, die nicht beeinflusst werden können. Solche Zwischenfälle werden nicht transhistorisch gebucht. Dennoch ist dies nicht befriedigend. Der Gemeinderat hat zum Prozess der Investitionsplanung ein Projekt gutgeheissen. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Abteilungen und den Verantwortlichen der Finanzverwaltung will eine Optimierung der Investitionsplanung angestrebt werden. Mit dem geplanten Projekt wird geschaut, ob es an personellen Ressourcen liegt oder am Zeitpunkt des Entscheids, wann welches Projekt als Finanzplanwert oder Sachplanwert deklariert wird. Sie sind gespannt, was das Projekt ergibt und ob sich der Realisierungsgrad verbessern kann. Es wird interessant, in der nächsten Rechnung, deren Budgetierung auf der geplanten Steuersenkung basiert, zu schauen, ob sich die Prognosen bewahrheitet haben. Sie freut sich schon jetzt auf die Debatte, die dann kommen wird und dankt fürs Vertrauen.

Der Stadtratspräsident kommt zur Detailberatung des Budgets gemäss Ablaufplan (seitenweise).

Seiten 1 – 38 Teil A – allgemeine Berichterstattung
Keine Bemerkungen.

Seiten 39 – 99 Teil B – Jahresrechnung 2024
Keine Bemerkungen.

Teil C – Produktgruppenrechnungen 2024

Seiten 105 – 142 Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung (P+StE)
Keine Bemerkungen.

Seiten 143 – 184 Direktion Bau und Liegenschaften (B+L)
Keine Bemerkungen.

Seiten 185 – 238 Direktion Bildung Sport Kultur (BiSK)
Keine Bemerkungen.

Seiten 239 – 296 Direktion Sicherheit und Soziales (Si+So)
Keine Bemerkungen.

Seiten 297 – 342 Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU)
Keine Bemerkungen.

**Seiten 101 – 104 Produktgruppen-Rechnungen 2024/Allgemeine Erläuterungen sowie
und 304 bis 306 Rechnungskreis Stadtfinanzen**
Keine Bemerkungen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 litera a und Artikel 40 litera i Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Jahresberichts inklusive Jahresrechnung 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von 1'404'160.93 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2024, Konto 5140.3632.01 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von 14'972'329.08 Franken in der Kompetenz des Gemeinderates, davon sind alle gebunden.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von 134'487.63 Franken in der Kompetenz der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (gemäss SW 2), davon 10'287.65 Franken neu und 124'199.98 Franken gebunden.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2024:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF 296'818'996.39
Ertrag Gesamthaushalt	CHF 299'479'461.20
Ertragsüberschuss	CHF 2'660'464.81

Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF 278'559'379.02
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF 280'032'848.88
Ertragsüberschuss	CHF 1'473'469.86

Aufwand Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 6'187'237.90
Ertrag Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 6'885'714.09
Ertragsüberschuss	CHF 698'476.19

Aufwand Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'573'880.88
Ertrag Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'571'630.15
Aufwandüberschuss	CHF 2'250.73

Aufwand Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 3'265'284.81
Ertrag Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 3'617'708.84
Ertragsüberschuss	CHF 352'424.03

Aufwand Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'124'982.55
Ertrag Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'371'559.24
Ertragsüberschuss	CHF 246'576.69

Aufwand Spezialfinanzierung Parkplatzerersatzabgaben	CHF 108'231.23
Ertrag Spezialfinanzierung Parkplatzerersatzabgaben	CHF 0.00
Aufwandüberschuss	CHF 108'231.23

Ausgaben Investitionsrechnung	CHF 19'311'580.13
Einnahmen Investitionsrechnung	CHF 2'247'630.40
Nettoinvestitionen	CHF 17'063'949.73

5. Genehmigung des Jahresberichtes 2024.

53. Jahresbericht 2024. Stand der hängigen Motionen und Postulate per 28. Februar 2025

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr.07/2025

Der Stadtratspräsident berät die Liste der hängigen Vorstösse seitenweise.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, beantragt, Position 31, P 36/2022 «Solaroffensive auf städtischen Liegenschaften» nicht abzuschreiben. Sie hat die Roadmap zur Dekarbonisierung der Heizungsanlagen der Stadt Thun bis 2035 noch nicht gesehen. Sie wären froh, wenn diese in der SAKO noch vorgestellt würde.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Nichtabschreibung von P 36/2022 grossmehrheitlich zu.

Marianna Oesch Bartlome, **SAKO Si+So**, beantragt, Position 47, P 04/2024 «finanzielle Mittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention» nicht abzuschreiben. Diverse Punkte aus diesem Postulat sind nicht oder nicht zureichend geprüft, geschweige denn umgesetzt worden. Die SAKO wünscht sich zudem eine Berichterstattung über eine längere Zeitspanne hinweg.

Der Stadtpräsident ist der Meinung, dass dieser Vorstoss abgeschrieben werden kann, da er explizit mehr finanzielle Mittel verlangt und diese über das Budget genehmigt werden. Er betont, dass die Liste hängiger Vorstösse immer mehr wächst. Vorstösse werden mitgetragen, weil das Anliegen wichtig ist. Der Gemeinderat äussert nicht, dass das Anliegen unwichtig ist, sondern, dass die Liste bewirtschaftet werden muss. Das Anliegen ist bekannt und kann daher von der Liste genommen werden. Das gilt generell für Sachen, zu denen sich der Gemeinderat schon geäussert hat etwas machen zu wollen.

Marianna Oesch Bartlome, **SAKO Si+So**, berichtet, dass es ihnen nicht nur ums Geld gehe. Es wurden verschiedene Massnahmen und Ideen vorgeschlagen. Es geht ihnen um deren Umsetzung und um eine Berichterstattung.

Der Rat schreibt das Postulat P 04/2024 mit 24 : 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht ab.

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, äussert erfreut, dass Position 62, M 04/2024 «Anzahl Mitglieder Schulkommission» bereits erfüllt ist. Er beantragt die Abschreibung.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Abschreibung von M 04/2024 grossmehrheitlich zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 7. März 2025, beschliesst:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.
2. Die Vorstösse Nrn. 11, 14, 19, 24, 34, 43, 48, 58 und 62 gemäss vorliegendem Bericht werden abgeschrieben.

54. Postulat P 01/2025 betreffend Veloverkehr am Aarequai

Barbara Lehmann Rickli (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion GLP/EVP/EDU, Peter Aegerter (SVP), Mathias Berger (SVP), Thomas Bieri (SVP), Alex Reymondin (SVP), Matthias Zellweger (Parteilos) vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib äussert, dass sich das Problem am Aarequai in Zukunft noch akzentuieren wird. Wie allen bekannt ist, läuft die Projektierung einer Kettenfähre. Auch ist von einer Panoramabrücke die Rede. Dies bringt zusätzlichen Verkehr, was heisst, dass die Knoten gelöst werden und der Verkehr abgeführt werden muss. Das Verkehrliche ist aber nur das eine Problem. Der Fächer der Ansprüche und Bedürfnisse wie auch der Handlungsbedarf sind gross. Das Gelände rostet weiter, die Beleuchtung sollte ersetzt werden und die Restaurantbetreiber haben das Bedürfnis, mehr Aussenwirtschaft betreiben zu können. Auch gibt es politische Vorstösse betreffend Buvetten oder Verbreiterung des Quais. Dies alles hat ihn dazu bewogen, den Aarequai in einer Gesamtschau zu betrachten. Diese erfolgt anhand einer Vorstudie, die den ganzen Perimeter vom Mühleplatz bis hin zum Benatzkyweg betrachtet, um so all die Bedürfnisse abdecken zu können. Alles hängt zusammen und bedingt einander. Er verweist auf die kurzfristig am 1. Juli in Kraft tretende revidierte Signalisationsverordnung des Bundes. Diese hat auch auf dem Aarequai Konsequenzen. Bei der heutigen Signalisation würde dies bedeuten, dass zukünftig auch schnelle E-Bikes verkehren dürfen. Er hat eine Idee, dem zu begegnen, freut sich aber auf Ratschläge.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/Die Mitte**, holt aus, dass seit der Öffnung des Aarequais für den Veloverkehr bereits weit über 30 Jahre vergangen sind. Trotz zahlreichen politischen Vorstössen und Diskussionen konnte bis heute keine tragfähige Lösung für ein respektvolles Miteinander zwischen Radfahrern und Fussgängern gefunden werden. Weder die baulichen Massnahmen wie die Verbreiterung der Hofstettenstrasse noch die Sensibilisierungskampagne vom Tiefbauamt konnten die angestrebten Entlastungen oder Verhaltensänderungen erbringen. Die Nutzungskonflikte auf dem Aarequai bestehen weiterhin. Die aktuelle Entwicklung im Bereich der E-Mobilität stellt die Stadt Thun vor neue Herausforderungen. Der anhaltende Boom bei E-Bikes sowie die Änderung, dass die schnellen E-Bikes per 1. Juli den Aarequai auch befahren dürfen, können den Konflikt noch verschärfen. Es bleibt abzuwarten, ob die geplanten Projekte Kettenfähre und Panoramabrücke eine spürbare Entlastung bewirken können. Diese sind primär auf die Erschliessung vom bestehenden Netz ausgerichtet. Ihr Beitrag zur Verbesserung der Situation auf dem Aarequai wird sich erst mit der Umsetzung zeigen. Die Gewährleistung der Sicherheit und Lebensqualität aller Nutzungsgruppen bleibt eine zentrale politische Aufgabe. Dazu braucht es eine ganzheitliche Lösung mit dem Ziel eines rücksichtsvollen und sicheren Nebeneinanders sämtlicher Verkehrsteilnehmenden. Ganz im Sinne einer ausgewogenen Förderung des Langsamverkehrs. Die Antworten vom Gemeinderat sind zur teilweise zufriedenstellend. Mehrere Punkte wurden nur oberflächlich beantwortet. Positiv werten sie, dass der Gemeinderat das Thema ernst nimmt und eine vertiefte Analyse plant. Einmal mehr sind sie überrascht, dass diese Prüfung durch eine externe Firma erfolgen soll. Sie werden die Vorprüfung aufmerksam mitverfolgen und erwarten gleichzeitig eine transparente und partizipative Einbindung aller relevanten Anspruchsgruppen. Je nach Verlauf und Resultat behalten sie sich weitere politische Schritte vor. Trotz der Vorbehalte wird die Fraktion das Postulat einstimmig annehmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist lediglich mit dem letzten Satz vom Postulat, dass ein Nebeneinander möglich sein muss, einverstanden. Mit dem Grundtenor vom Postulat ist die Fraktion nicht einverstanden, weil er darauf abzielt, Velos auf dem Aarequai ganz oder teilweise zu verbieten. Die Velos teilweise zu verbieten oder auf die Hofstettenstrasse zu verbannen bedeutet für sie kein Nebeneinander. Sie sehen den Veloverkehr am Quai mehrheitlich unproblematisch. Problematisch sind die 10 bis 15 Prozent, die sich nicht an die Vorschriften halten, zu schnell oder in Gruppen fahren. Diese gibt es aber überall. Mit der Antwort vom Gemeinderat sind sie grundsätzlich einverstanden. Es mag sein, dass die Sensibilisierungskampagne zur Koexistenz nicht nachhaltig ist. Er betont, dass eine Sensibilisierung ein Dauerauftrag ist. Dabei verweist er auf die Tempokontrollen auf den Strassen, sie sich sonst auch erübrigen wür-

den. Er berichtet, dass die Kampagne nicht «luege, lose, lächle» hiess, sondern «let it slow». Flyer dazu können bei ihm abgeholt werden. Die Revision bietet die Chance, die schnellen E-Bikes vom Aarequai zu verbannen. Bei entsprechender Markierung wäre es nicht mal mehr erlaubt, den Quai mit abgestelltem Motor zu überqueren. So kann bei Sichtung der Polizei auch nicht mehr kurzerhand der Motor abgestellt werden. Dies ist für die Polizei nämlich nicht kontrollierbar. Er sähe auch die Möglichkeit einer Temposignalisation. Er unterstützt die Aussage, dass die Konflikte mit der geplanten Panoramabrücke und der Kettenfähre eher zunehmen würden. Punktuell würde dies seiner Meinung nach eher zu einer zusätzlichen Belastung führen. Er weist darauf hin, dass es auf der Hofstettenstrasse auch zukünftig gefährlich sein wird, denn die im Postulat aufgeführte Verbreiterung der Hofstettenstrasse erfolgte nur punktuell Richtung Hünibach. An gefährlichen Stellen ist die Strasse immer noch gleich breit. Die Markierung des Velostreifens stadteinwärts hat die Situation stadtauswärts noch gefährlicher gemacht. Dies führt wiederum dazu, dass die Velofahrenden eher auf dem Quai bleiben. Er betont die Wichtigkeit einer gesamtheitlichen Betrachtung. Sie unterstützen die geplante Vorstudie. Sie finden es wichtig, die geplanten Projekte miteinzubeziehen, weil die sonst gut gemeinten Projekte eher zu einem Problem führen können. Sie fordern, dass die Vorstudie in eine Art Mitwirkung geht, so dass sich die Parteien und Organisationen, die sich mit dem Langsamverkehr auseinandersetzen, einbringen können. Er findet, die Sensibilisierung kann trotz geplanter Vorstudie bereits jetzt erfolgen. Sie werden sich mehrheitlich enthalten oder gar ablehnen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, äussert, keine Statistik dazu erhoben zu haben, ob die Anzahl Themen und Vorstösse rund um den Aarequai die Anzahl Vorstösse zu der Thematik Schulen in Thun übertrifft oder nicht. Gefühlt jedenfalls schon. Seien es Geländer, Beleuchtung, Verbreiterung, Attraktivierung für Gastronomie, Aareschwimmer oder den Veloverkehr - der Aarequai scheint für die Thuner Politiker und Politikerinnen ein Lieblingsthema zu sein. Er verzichtet auf eine weitere Aufzählung der zahlreichen Beweggründe, die zu den vielen mit dem Aarequai verknüpften Vorstössen führen. Der Gemeinderat hat dazu Stellung genommen und verweist auf die wichtigen Projekte Kettenfähre und Panoramabrücke, die voraussichtlich grosse Auswirkungen auf die Nutzung und Belastung des Aarequais haben werden. Sie begrüssen es, dass der Gemeinderat aufgrund dem bestehenden Sanierungsbedarf und den vielfältigen Ansprüchen eine gesamtheitliche Betrachtung in Auftrag geben wollen. Sie erwarten mit grossem Interesse und zeitnah das Ergebnis betreffend Lösungsstrategien zur Bewältigung der vielseitigen Aufgaben und Herausforderungen. Sie werden das Postulat nicht abschreiben wollen. Er verweist auf sein am 24. März 2022 überwiesene Postulat vom 17. Dezember 2021 «Verbreiterung Aarequai zwischen Mühleplatz und Brahms-Quai». Seiner Meinung nach wäre die Umsetzung der Aarequai Verbreiterung der goldige Schlüssel, um den anspruchsvollen Anforderungen an die Funktionalität des Thuner Aarequai gerecht zu werden. Er fragt sich, ob die geforderte Mitwirkung in dieser geografisch begrenzten Thematik zielführend ist oder nur viel Geld kosten wird. Sie überlegen, ob eine zeitliche Regelung, wie ein Fahrverbot an Samstagen und Sonntagen, als Versuch bereits im Sommer/Herbst 2025 und nicht erst 2028 eingeführt werden könnte. Im Zusammenhang mit der Änderung der Signalisationsverordnung erwarten sie eine strikte Umsetzung durch die zuständigen Organe. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, kann sich den Vorrednern in gewissen Punkten anschliessen. Die Beantwortung ist auch für sie nur mässig zufriedenstellend. Die Stellungnahme erscheint ihnen oberflächlich und wenig aussagekräftig. Sie hätten sich erhofft, dass auf die aufgeführten Punkte der Postulantinnen und Postulanten näher eingegangen wird. Sie sind sich der langwierigen und umfangreichen Thematik des Aarequais bewusst. Dennoch sind sie der Meinung, dass es kurzfristig umsetzbare Massnahmen braucht. Als Beispiel und in Zusammenhang mit der Änderung der Signalisationsverordnung wünschen sie sich ein Tempolimit von beispielsweise 20, so dass die Konfliktsituation im besten Fall entschärft werden kann. Die Massnahme wäre mit einem verhältnismässig kleinen Aufwand umsetzbar. Die Fraktion wird das Postulat, mit der Erwartung einer zeitnahen Überprüfung und Umsetzung von ersten Massnahmen, annehmen.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, begrüsst es, dass eine Gesamtansicht in Planung ist und sie sehen dies als wichtigen Schritt für die langfristige Entwicklung vom Aarequai. Sie setzen sich dafür ein, dass das Velo zukünftig als gleichwertiges Verkehrsmittel auf dem Aarequai Platz hat und ein respektvolles Miteinander möglich ist. Sie regen dazu an, dass eine Verbesserung der Situation für Velofahrende auf der Hofstettenstrasse Teil der Überlegungen sein könnte. Sie sind sich der kantonalen Zuständigkeit der Hofstettenstrasse und der eingeschränkten Einflussmöglichkeiten seitens Gemeinde bewusst. Dennoch halten sie eine Temporeduktion für prüfenswert, um die Sicherheit und damit die Attraktivität der Strecke für Velofahrende zu erhöhen. Dies könnte zu einer Entlastung am Aarequai führen. Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen, mit dem Anspruch, dass Velofahrende auch zukünftig auf dem Aarequai Platz haben.

Marc Fritschi (Parteilos) findet eine Gesamtsicht sinnvoll. Dazu würde für ihn auch gehören, den Verkehr von den Seegemeinden her durch den Hübeli, oder einen Seetunnel abzuführen. So könnte die Hofstettenstrasse für Velos in alle Richtungen ausgestaltet werden und Fussgänger hätten ihren Platz auf dem Aarequai. Das Problem besteht nicht nur auf dem Aarequai, sondern bezieht sich auf den Gesamtverkehr, der für das bestehende Netz zu viel ist. Es ist nicht immer eine gute Idee, alles auf dieselbe Spur zu zwängen.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die soeben gehörte Verknüpfung, weist jedoch darauf hin, dass diese nicht zu den kurzfristigen Massnahmen zählt. Die Bemängelung einer oberflächlichen Behandlung der Thematik begründet er damit, dass in der geplanten Studie der Gesamtschau alles miteinbezogen wird. Eine Partizipation, in welcher Form auch immer, ist für sie unbestritten. Nur so können die verschiedenen Bedürfnisse abgeholt werden. Bezüglich Umsetzung eines Wochenendverbots weist er darauf hin, dass es dies schon mal so gab und wieder aufgehoben wurde. Die Aufgabe besteht womöglich darin, etwas zu machen, mit dem alle gleichermassen unzufrieden sein werden. Wie so oft braucht es Kompromisse. Er bestätigt, dass die Sensibilisierung ein Dauerauftrag ist und meint, die Kampagne sei ja nach wie vor am Laufen. Er ist froh, dass Stadtrat Adrian Christen mit der sich ändernden Signalisationsverordnung eine Chance sieht, schnelle Velos auf die Hofstettenstrasse zu verbannen. Seine Idee geht in dieselbe Richtung. Er freut ihn, den Präsidenten von Pro Velo Thun mit im Boot oder besser gesagt auf dem Gepäckträger zu haben. Er dankt für die Hinweise. Sie wollen die Studie kurzum angehen, auf die Anspruchsgruppen zugehen und das Ergebnis vor Beschlüssen preisgeben. Zum Schluss weist er darauf hin, dass sie viel machen, jedoch nicht über den Respekt, die Toleranz und Rücksichtnahme von jedem einzelnen Verkehrsteilnehmenden verfügen können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 30 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen als erheblich.

55. Postulat P 02/2025 betreffend Förderung des Bauens mit Holz

Malenka Schmutz (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib erklärt den letzten Absatz ihrer Antwort. Er hat sich unterdessen mit Vertretern von Lignum getroffen. Bei dem Austausch ging es vor allem auch um die regionale Holzbeschaffung für grosse Beschaffungsaufträge. Inhouse Beschaffungen sind dann möglich, wenn man Wald besitzt. Die Stadt Thun besitzt nicht besonders viel Wald. Der meiste Wälder gehört den Burgergemeinden oder anderen Einwohnergemeinden. Lignum hat ihm mitgeteilt, dass mit den Waldeigentümern institutionelle Verträge gemacht werden können. Dadurch könnten inhouse Beschaffungen getätigt werden. Die praktische Umsetzung dessen erscheint ihm jedoch noch etwas schwierig. Ob es in den Burgergemeinden rundum genügend Holz in den entsprechenden Mengen und Qualitäten und auch noch zum richtigen Zeitpunkt hat, ist eine interessante Fragestellung, der sie auf den Grund gehen wollen. Dabei

denkt er beispielsweise an das Projekt Schulhaus Strättligen. Sobald mehr Erkenntnisse vorliegen, werde sie in den SAKOs orientieren.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, begrüßen es, dass die Stadt Thun im Thema «Bauen mit Holz» bereits gut unterwegs ist. Es konnten bereits positive Erfahrungen gesammelt und einzelne Projekte umgesetzt werden. Sie erfreuen sich darüber, dass das Thema fachlich fundiert angegangen wird. Die Vorteile von Holz sind vielfältig. Holz ist ein erneuerbarer Baustoff, der lokal oder auch schweizweit bezogen werden kann. Für das Klima hat das Holz einen doppelten Nutzen. Einerseits speichert es CO₂, andererseits kann es Materialien ersetzen, deren Herstellung viel CO₂ verursacht, wie Beton oder Stahl. Gemäss einer Studie der Empa und der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) vom letzten Jahr hat die Schweiz ein erhebliches Potenzial, was die nachhaltige Holznutzung angeht. Sie wünschen sich, dass die Stadt Thun so weitermacht und mithilft, das Potenzial auszuschöpfen und den Holzbau auch auf weitere Infrastrukturbereiche wie Brücken ausweitet. Sie freuen sich, dass das Postulat auf Annahme empfohlen wird. Sie werden das Postulat einstimmig annehmen.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, können die Erläuterungen vom Gemeinderat nachvollziehen. Es ist schön, dass die Stadt mehrere Holz- und Hybridbauten in der Pipeline hat. Auch sie sind Holzfans und freuen sich über jedes Holzgebäude und jede schöne Holzfassade. Die Stadt Thun dürfte ihrer Meinung nach Holz noch mutiger auch an städtische Fassaden vorsehen. Die Planenden wissen erfahrungsgemäss schon, wo sich welches Material am besten eignet. Sie halten die Material- und Gestaltungsfreiheit für sinnvoll und wollen nicht, dass Holzbau per se zur neuen Norm wird. Es gibt sicher Orte, an denen mit Holz gebaut wird, weil man es will. Gleiches gilt auch für Gebäude mit Sichtbeton. Trotz dem Standard SNBS, Minergie oder ähnlichen wollen sie keine dazugehörige Zertifizierung. Sie finden, die Stadt kann sich die Zertifizierungskosten durchaus sparen. Erfahrungsgemäss sind Holzbauten etwas teurer. Sie plädieren für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern. Die Fraktion hält das Postulat für bereits geprüft und wird es annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, freut sich sehr, wenn Schweizer Holz aus der Region gebraucht wird. Sie sind mit der Antwort vom Gemeinderat sehr zufrieden. Diese zeigt auf, dass die Problematik bei noch offenliegenden beschaffungsrechtlichen Fragen liegt. Beschaffungsregeln setzen Grenzen. Die inhouse Beschaffung ist juristisch sehr umstritten. Dennoch begrüßen sie es, dass der Gemeinderat es probiert und an jeder Stelle zu umsetzen versucht. Auch als Baulaie weiss er, dass es andere Baustoffe gibt, die womöglich besser als Holz oder in Kombination sinnvoll sind. Dies gilt es jeweils im Einzelfall zu prüfen. Sie nehmen den Antrag an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, haben den Eindruck, dass das Postulat bei der Stadt offene Türen einrennt. Bauen mit Holz ist nicht nur bei der Stadt, sondern auch bei der Thuner Wirtschaft schon länger Thema. Einige kennen womöglich Timbatex, ein weltweit tätiges Ingenieurunternehmen, das sehr fortschrittliche Holzbauprodukte entwickelt hat. Dazu zählen das stirnseitige Verleimen von Holz wie auch Holzbau im Untergeschoss. Das Holz boomt. Seiner Meinung nach kommt das Postulat 10 bis 20 Jahre zu spät. Dann hätte die Stadt noch zu Holzbau bewegt werden können. Im Moment muss mit den Instrumenten gearbeitet werden, die gehen. Bauen mit Holz ist aufgrund dem aufwändigen Schall- und Brandschutz 10 bis 20 Prozent teurer. Günstigen Wohnbau mit Holz zu betreiben, erachtet er als schwierig. Bei der Freistadt hat die Stadt Thun bereits Erfahrungen sammeln können. Er plädiert dafür, innovative Lösungen zu suchen, um auch mit Holz günstiger bauen zu können. Will man nachhaltig unterwegs sein, so muss kleiner und weniger gebaut werden. Dies ist schlussendlich wohl ökologischer, als mit Holz zu bauen.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet, die umfassende Antwort vom Gemeinderat zeigt auf, dass die Stadt Thun im Bereich nachhaltiges Bauen bereits gut unterwegs ist. Viele im Postulat formulierten Anliegen sind bereits erfüllt oder in Umsetzung. So werden bei grösseren Bauprojekten Variantenstudien durchgeführt, in denen Holz und andere Bauweisen systematisch geprüft werden. Dies unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Baukosten und Unterhaltskosten. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Steuergeldern fliesst in die Abwägungen mit ein. Dass die Zahl der Holzbauten zu-

nimmt, zeigt sich an den bereits abgeschlossenen oder noch in Planung stehenden Projekten wie Schulhäuser über Sportinfrastrukturen. Auch im geplanten Werkhof Amerika soll Holz verbaut werden. Die Stadt bewegt sich in eine gute Richtung. Sie stimmen dem Postulat einstimmig zu.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, berichtigt zum Argument Geld, dass es gute Beispiele dafür gibt, dass auch in grossen Städten wie Basel mit Holz gebaut werden kann. Sie findet das Argument Geld als zu kurzfristig betrachtet, wenn man bedenkt, wie CO2 belastet ein Bau mit Beton ist.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 35 : 2 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 21 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltungen nicht ab.

56. Postulat P 03/2025 betreffend Tempo 30 und Zubringer-Signalisation an der Seestrasse

Roman Gugger (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass der Antrag zwar auf Annahme lautet, jedoch nicht wie von ihnen gewünscht. Sie forderten, dass die Seestrasse gesperrt oder nach Aufhebung der Baustelle zumindest teilgesperrt bleibt. Der Gemeinderat will nun das machen, was er ohnehin gemäss Gesamtverkehrskonzept geplant hatte. Das umfassende Monitoring ist ihrer Meinung nach für die Zeit der Baustelle sinnvoll. So kann jetzt geschaut werden, was mit dem Verkehr, der durch die Seestrasse verlief, geschieht. Allenfalls führt die Sperrung der Seestrasse zu einer Mehrbelastung auf der Frutigenstrasse oder in den Quartiersstrassen. Gemäss den vorliegenden Informationen sind noch keine Rückmeldungen eingegangen, dass es zu Verspätungen der Busse kam. Sie ist überzeugt, dass eine auflaufende Verkehrsbelastung in den Quartiersstrassen schnell vernommen worden wäre. Sie erachten es als nicht zwingend notwendig, die Strasse zu öffnen und dann nochmal ein Monitoring zu machen. In der SAKO wurde die Begründung gehört, dass es für eine Schliessung gute Argumente brauche. Beim letzten Versuch einer Schliessung kam es zu Einsprachen. Sie fragt sich, inwiefern die Zahlen aus einem Monitoring helfen, Leute, die eine Schliessung ablehnen, umzustimmen. Sie glaubt, dass hier ein guter Prozess, bei dem alle Betroffenen miteinbezogen werden, mehr helfen würde. In der SAKO wurde weiter über die Koordinierung mit der Planung am Bahnhof und dem Betriebs- und Gestaltungskonzept gesprochen. Sie gehen davon aus, dass der Einbezug der Seestrasse eine Rahmenbedingung vom Konzept ist. Sie hätten sich ein mutigeres und pragmatischeres Vorgehen gewünscht. Sie werden das Postulat annehmen.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, unterstützt das Postulat. Sie befürworten Tempo 30 wie auch den Wechsel der Seestrasse zu einer Zubringerstrasse. Sie finden das Monitoring nicht grundsätzlich schlecht. Dennoch fragen sie sich, bis wann eine eventuelle Umsetzung von Tempo 30 und ein Zubringer zu erwarten wäre. Ihnen ist aufgefallen, dass der Bahnhofplatz seit der Schliessung der Seestrasse für alle Beteiligten viel entspannter ist.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, bedauert, dass der Vorstösser nicht anwesend ist und glaubt, er hätte sich über sein Votum gefreut. Als Anwohner des Schadauquartiers ist er nicht ganz neutral. Es geht um verschiedene Sachen. Einerseits geht es um die ominöse Ampel, die niemand mehr versteht und zu der bereits ein Vorstoss besteht. Von der Rosenau her frequentieren keine Lastwagen mehr. Einzig den Bus gibt es noch und der könnte die Ampel steuern. Er ist überzeugt, mit der Aufhebung der Ampel auch jene zu erreichen, die gerne ihre Motore aufheulen lassen oder die Strasse als Rennstrecke brauchen. Diese kämen nämlich gar nicht mehr in die Lage, zu wissen, dass nichts entgegenkommt. Auch würde das Testen vom Gaspedal vor der Ampel wegfallen. Zweite Sache ist, dass eine Bushaltestelle verschoben und der dazugehörige Fussgängerstreife aufgelöst wurde, ohne mit den Anwohnenden in Kommunikation zu treten. Er versteht nicht, warum ein Leist oder betroffene Anwohner nicht darüber informiert werden, warum es dazu kam. Keine Information ist seiner Meinung nach klar die schlechteste

Variante. Die vom Gemeinderat erfolgte Formulierung, dass der Verkehr von der Seestrasse zur Überlastung am Maulbeerkreisel beiträgt, würde er verschärfen. Er ist überzeugt, dass der Verkehr massiv zu der Überlastung am Maulbeerkreisel beiträgt. Die Strasse wird noch mehr zur Gefahr, wenn alle Busse gleichzeitig wegfahren oder ein Schiff anlegt. Die Fraktion unterstützt das Ziel der Massnahme M2 «Rückstufung der Seestrasse und Attraktivierung als Veloachse». Bezüglich der Angst seitens Kantons bezüglich Kapazitätsproblemen an der Frutigenstrasse können sie lediglich entgegnen, dass dazu Messungen erfolgen können. Da ist man dran. Tempo 30 könnte seiner Meinung nach ohnehin eingeführt werden. Die Daten braucht es aber, um die Frage bezüglich einer Teil- oder Vollsperrung oder Zubringerdienst genauer beantworten zu können. Er bittet den Gemeinderat, das Thema zeitnah anzugehen. Die Leute gewöhnen sich daran, dass die Strasse jetzt zu ist und engagieren sich. Es ist also wichtig zu überlegen, welche Massnahmen bereits mit der Sanierung und mit der Neueröffnung zusammen eingeleitet werden können. Sie sind froh über vorzeitige Vorschläge.

Lara Müller, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass die Seestrasse eine zentrale verkehrstechnische Funktion erfüllt. Gerade deshalb wurde das Postulat kritisch diskutiert. Auch sie unterstützen die Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende und eine Reduktion der Belastung vom Bahnhofplatz. Ihrer Meinung nach ist die pauschale Einstufung von Tempo 30 auf der Seestrasse keine smarte Lösung. Sie greift zu kurz und wird der Komplexität der Verkehrsachse nicht gerecht. Es braucht smarte situationsgerechte und intelligente Verkehrsführungen. Das könnte sein, zu Stosszeiten Tempo 30 und bei weniger Verkehr Tempo 50 einzuführen. Das umfassende Monitoring begrüssen sie. Mit soliden Daten können fundierte Entscheidungen getroffen werden. Die Ergebnisse sollten abgewartet werden, bevor langfristige Massnahmen wie eine flächendeckende Temporeduktion auf Tempo 30 vollzogen werden. Sie lehnen das Postulat in der vorliegenden Form ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bekundet, dass sie wohl nicht als Freundin von Tempo 30 bezeichnet werden können. Sie beurteilen Vorstösse, die in diese Richtung zielen, von Natur aus kritisch. Sie können das Anliegen nicht nachvollziehen, da die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten bis Ende 2025 zu erwarten ist. Jede Sanierung der Strassenachse bringt erfahrungsgemäss eine Verbesserung bezüglich Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmende. Sie finden es richtig, dass die Verkehrszählungen schon während den Sanierungsarbeiten am Laufen sind. Dass diese nach Inverkehrsetzung weiterhin stattfinden sollen, verstehen sie nicht. Sie anerkennen die Notwendigkeit einer grundlagenbasierten Betrachtung und entsprechender Entwicklung. Für sie wäre jedoch die Beibehaltung des Verkehrsregimes, wie es vor der Baustelle war, logisch und richtig. Sie plädieren dafür, dass keine Veränderung zur früheren Situation vorgenommen wird. Nach der Auslagerung der Postverteilzentrale ins Gwatt ergibt sich eine deutliche Reduktion vom Schwerverkehr auf der neu sanierten Strasse. Ob die Sinotrag AG mit ihren Lastwagen dort verkehrt, weiss er nicht. Einzig einig sind sie mit der unsinnigen Ampel in der Schadaukurve. Diese kann ausser Funktion gesetzt werden. In der Fahrprüfung wird nämlich gelernt, wie unübersichtliche Kurven oder Strassensituation zu befahren sind. Die Fraktion ist in der Haltung gespalten. Ein Teil wird ablehnen, der andere Teil wartet mit Interesse das Monitoring ab und nimmt das Postulat an.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die unterschiedliche Aufnahme. Die unterschiedlichen Ansichten waren zu erwarten. Der Gemeinderat hält sich gerne an Pläne. Im Verkehr gilt es auch, Gesamtzusammenhänge zu würdigen. Er bezweifelt, ob es wirklich mutig und pragmatisch wäre, vorgezogen irgendwelche Massnahmen umzusetzen, die später als nicht wirksam eingestuft werden müssen. Er findet, in anderen Bereichen zeichnet sich für ein Monitoring oft Begeisterung ab, hier nun nur kritisch. Manchmal muss etwas qualifiziert belegt oder verworfen werden. Er ist froh, wenn er seine Aussagen belegen kann. Immerhin konnte die Synergie der Baustelle benutzt werden, denn gemäss Legislaturzielen hätte die Strasse sonst einen Moment geschlossen werden müssen. Glücklicherweise ist die Baustelle so gekommen, dass der Verkehr wider Planung für einen Moment gesperrt werden musste. Bezüglich der Frage nach dem Umsetzungshorizont weist er darauf hin, dass für das Verkehrsmanagement im Agglomerationsprogramm über 22 Massnahmen eingegeben wurden. Der Umsetzungshorizont ist ab 2028. Die Seestrasse wird nie ganz verkehrsfrei sein. Sie ist Teil einer Schwerlastroute. Überbreite Fahrzeuge

müssen dort durchfahren können, weil sie sonst auf dieser Seite nirgends durchkommen. Die Frage von Stadtrat Jonas Baumann bezüglich Bushaltestelle und Fussgängerstreifen würde er gerne bilateral noch bereden, da ihm nicht klar ist, um welche Haltestelle es geht. Die Meinung bezüglich Ampel und deren Steuerung für den ÖV teilt er. Er hat festgestellt, dass es hierzu noch Überzeugungsarbeit braucht. Gerade auch intern im Tiefbauamt. Die Anliegen werden in die gesamtverkehrliche Betrachtung von allem Laufenden mitgenommen, seien es Bahnhofentwicklung, Veloinitiative oder Verkehrsmanagement. Dieser grosse Strauss an Geschichten macht es schwierig, nach Ende der Baustelle gleich Tempo 30 oder ähnliches einzuführen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich.

57. Postulat P 04/2025 betreffend zusätzliche Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum

Roman Gugger (Grüne), Fraktion Grüne vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat das Postulat angenommen hat. Sie werten das als wichtiges Signal für mehr Aufenthaltsqualität und Begegnung im öffentlichen Raum. Sie möchten dazu anregen, nicht auf langfristige Dorfprojekte wie Quartierzentren zu warten, da deren Realisierungen 5 bis 10 Jahre dauern. Sie plädieren dafür, schon jetzt etwas Kleines zu wagen, wie Pop Up Bänke, Stühle oder Tische. Sie weiss, dass andere Gemeinden dies auch können. Sie wünschen sich, dass die Stadt von sich aus aktiv wird, mutige Ideen testet und den öffentlichen Raum als lebendigen Ort vom Miteinander versteht. Ganz nach dem Motto «mit weniger Aufwand, aber mit viel Wirkung». Sie wünschen sich im öffentlichen Raum mehr niederschwellige Begegnungsorte, auch in den Quartieren. Orte, wo man ganz ohne Konsumationszwang verweilen und plaudern kann. Sie werden das Postulat einstimmig annehmen.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, unterstützen das Anliegen und sehen darin eine wesentliche Massnahme zur Aufwertung vom öffentlichen Raum. Sie finden es wichtig, Orte der Begegnung zu schaffen und so die soziale Interaktion und Integration zu fördern.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Stadt Thun bereits über ein dichtes Netz an Ruhebänken verfügt. Es sind über 600 Bänke und Sitzgelegenheiten im ganzen Gemeindegebiet verteilt. Auch kam ihm zu Ohren, dass der Vandalismus an den Sitzgelegenheiten nicht spurlos vorbei gehe. Es muss viel Aufwand, auch finanzieller, betrieben werden, um die Sitzgelegenheiten in Schuss zu halten. Nicht zu vergessen sind die tierischen Mitbewohner in den Bäumen, die ihre Verdauung über das Bedürfnis eines sauberen Bänklis stellen. Sie sind überzeugt, dass das gute Angebot der Gastronomie wie auch alternative Sitzgelegenheiten wie beispielsweise die Rasenflächen im Schadau- und Bonstettenpark und die kilometerlange Mauer der Aare entlang genügen. Ihrer Meinung nach braucht es keine weiteren Massnahmen. Sie beantragen die Ablehnung und bei Annahme die gleichzeitige Abschreibung.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, unterstützt das Postulat. Sie haben sich gefragt, wo die kreativ gestaltenden Sitzgelegenheiten der letzten Aktion geblieben sind. Die hatten nämlich sehr gut gefallen. Sie wünschen sich mehr Bänke. Dabei betont er, dass Bänke mit Rückenlehnen gewünscht sind, nicht so wie die Steinbänke unten beim Rathausplatz. Die Fraktion wird einstimmig annehmen.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die Hinweise und Ideen. Es gibt tatsächlich schon viele Sitzgelegenheiten, die fix installiert sind. Sie finden die Idee der Pop Up Sitzgelegenheiten gut. Er weist darauf hin, dass nicht fix installierte Sitzgelegenheiten womöglich umplatziert werden oder gar auf dem Grund der Aare landen. Bezüglich der Forderung, dass die Stadt von sich aus aktiv sein sollte, weist er auf das Klavier im Vorgarten hin. Dieses zeigt durchaus, wie unkompliziert sie sein können. Er ist froh, wenn

ihnen Hinweise gegeben werden, wo so Bänkli stehen könnten. Einer Beschaffung stehen sie offen gegenüber.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 27 : 9 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 24 : 12 Stimmen nicht ab.

58. Postulat P 06/2025 betreffend öffentliche Parkplätze beim KKThun!

Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Sonja Graf (SVP), Mark van Wijk (FDP) vom 13. Februar 2025; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib äussert, dass die Beantwortung womöglich überholt ist. Wer sich geachtet hat, wird bemerkt haben, dass das Parkhaus offen ist. Das Postulat kann also bei gleichzeitiger Abschreibung angenommen werden.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, betont erfreut, dass ein Geschäft nur selten vor der Beratung im Parlament schon umgesetzt wurde. Dies zeigt, dass sie mit dem Vorstoss offene Türen eingerannt haben. Sie sind froh, dass dort parkiert werden kann, weil dies auch ein grosses Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohnern war. Auch profitieren die Besucherinnen und Besucher des schönen Lachenareals davon. Er verzichtet auf weitere Begründungen und dankt dem Gemeinderat für die rasche Umsetzung. Dabei äussert er ein Bravo an Gemeinderat Reto Schertenleib.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne**, finden die Idee vom Postulat grundsätzlich gut. Sie stören sich sehr an der Aussage im Postulat, dass die Parkplatzsituation in diesem Gebiet ungenügend ist. Es hat mehr als genügend Parkplätze an bester Lage am See. Die schnelle Umsetzung finden auch sie bemerkenswert. Sie weist darauf hin, dass man sich bei anderen Anpassungen Monitorings und Evaluationen gewöhnt ist. Geht es um Autoparkplätze, so kann es plötzlich schnell gehen. Sie wünschten sich, dass der Gemeinderat bei anderen Mobilitätsformen mit derselben Geschwindigkeit und Entschlossenheit handeln würde. Mehr Parkplätze führen zu mehr Autoverkehr, obwohl dieses Gebiet dem ÖV sehr gut erschlossen wäre. Sie fordern, dass die oberirdischen Parkplätze, wie jene beim Lachenkanal vor dem Strandbad, aufgehoben werden. Dies führt zu mehr Sicherheit für jene, die das Naherholungsgebiet auch wirklich als solches nutzen wollen. Da sie jedoch die Verlagerung von oberirdischen in bestehende unterirdische Parkplätze begrüssen, werden sie das Postulat annehmen und abschreiben.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, befürwortet die rasche, zielgerichtete Erledigung vom Prozess und dankt dem Gemeinderat für die schnelle und unkomplizierte Umsetzung. Sie sind mit dieser Entwicklung zufrieden, nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Gemeinderat Reto Schertenleib würde nicht unterschreiben, dass es in diesem Areal überaus genügend Parkplätze hat. Jedenfalls nicht an allen Tagen. An Hochsommertagen, wenn alle ins Strämu, zu ihren Booten oder sonst wohin möchten, dann stehen die Autos überall, wo sie es nicht sollen, weil alle Parkmöglichkeiten schon belegt sind. Allenfalls werden die neu geschaffenen Parkplätze bald die beliebtesten sein, da sie kühl sind. Er weist darauf hin, dass es sich nicht um gleich öffentliche Parkplätze wie die oberirdischen handelt. Die Parkhalle wird durch die KKThun Betriebs AG bewirtschaftet. Sie entscheidet über die Bedingungen. Bei Anlässen oder zu Nachtzeiten kann die Parkhalle geschlossen sein. Deshalb kann er nicht in Aussicht stellen, oberirdische Parkplätze aufzuheben. Weiter ist diesbezüglich eine Masterplanung in Arbeit, bei der das Thema Gegenstand der Betrachtung sein wird. Wie schon erwähnt hält sich der Gemeinderat gerne an Pläne.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

59. Fragestunde F 12/2025 betreffend WOMEN's EURO 2025 – Fan Zone Thun

Noëmi Porfido (Fraktion Grüne) vom 10. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet. Die Antwort des Gemeinderates wird den Stadtratsmitgliedern in Anwendung von Artikel 43 Absatz 4 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun nachträglich zugestellt.

60. Fragestunde F 13/2025 betreffend Räumlichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende, Vereine und interessierte Thuner Bürgerinnen und Bürger

Fraktion SVP vom 11. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet. Die Antwort des Gemeinderates wird den Stadtratsmitgliedern in Anwendung von Artikel 43 Absatz 4 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun nachträglich zugestellt.

61. Fragestunde F 14/2025 betreffend Vergabe und Nutzung von städtischen Liegenschaften

Cloe Weber (Fraktion Grüne) vom 11. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet. Die Antwort des Gemeinderates wird den Stadtratsmitgliedern in Anwendung von Artikel 43 Absatz 4 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun nachträglich zugestellt.

62. Motion M 01/2025 betreffend Revision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements (PBR)

Michelle Marbach (GRÜNE), Fraktion GRÜNE, Adrian Christen (SP), Fraktion SP, Jonas Baumann (EVP) Michael McGarty (GLP), Lara Müller (die Mitte), Angelika Zimmermann (die Mitte), Sandro Badertscher (parteilos) vom 12. Juni 2025; Dringlichkeitsbeschluss

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, verweist auf die dem Jahresbericht zu entnehmende Information, dass die Verordnung überarbeitet wird. Sie erachten eine gleichzeitige Prüfung des Reglements als sinnvoll, damit Synergien genutzt werden können.

Der Stadtpräsident empfiehlt die Ablehnung der Dringlichkeit. Das Verfahren müsste in den Sommerferien gemacht werden. Die Beantwortung würde somit womöglich unter Ferienabwesenheit der Knowhow Trägern geschehen und qualitativ nicht den Erwartungen entsprechen. Er sichert zu, dass sie die Motion vor der Revision der Verordnung behandeln werden. Sie wären froh, etwas mehr Zeit zu haben.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, zieht den Antrag auf Dringlichkeit aufgrund dieser protokollierten Zusicherung zurück.

63. Interpellation I 12/2025 betreffend Was haben die Grube Buchholz und der geplante neue Werkhof in Allmendingen mit dem Ortsbildschutz zu tun?

Sandro Badertscher, Marc Fritschi, Matthias Zellweger (alle Parteilos) vom 12. Juni 2025; Dringlichkeitsbeschluss

Marc Fritschi (Parteilos) weist auf das am 8. Mai diskutierte Geschäft bezüglich Werkhof Amerika hin. Bei den erhaltenen Unterlagen fehlen ihnen Angaben dazu, was der Ersatz der Grube Buchholz ist. Sie finden, die Pflastersteine gehören weder in eine Grube noch in einen Werkhof, sondern in die Altstadt, wo sie mal entnommen wurden. Sie fänden es sinnvoll, die Antworten vor der nächsten Behandlung des Geschäfts zu erhalten und fordern deshalb Dringlichkeit.

Der Stadtpräsident sichert auch hier zu, dass die Antworten bei Behandlung des Kreditgeschäfts vorliegen werden. Er plädiert auch hier, die Dringlichkeit abzulehnen. Ansonsten wird das Anliegen für die nächste Stadtratsitzung traktandiert und darüber debattiert, und dies obwohl noch keine Unterlagen vorliegen.

Marc Fritschi (Parteilos) zieht den Antrag auf Dringlichkeit zurück.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident weist auf den geplanten Stadtratsanlass von kommender Woche hin. Am 16. Juni wird per Mail über den Entscheid bezüglich Durchführungsdatum informiert. Er blickt auf die morgige Informationsveranstaltung für die Stadtratsmitglieder. Damit schliesst er die Sitzung.

Eingänge

- Motion M 01/2025 betreffend Revision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements (PBR); Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne, Adrian Christen (SP), Fraktion SP, Jonas Baumann (EVP) Michael McGarty (GLP), Lara Müller (Die Mitte), Angelika Zimmermann (Die Mitte), Sandro Badertscher (Parteilos)
- Postulat P 09/2025 betreffend Umsetzung der Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung; Manfred Locher (EDU), Nina Siegenthaler (SP), Thomas Bieri (SVP), Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion Grüne, Fraktion FDP/Die Mitte vom 12. Juni 2025
- Postulat P 10/2025 betreffend Zugang zu Informationen über die Verbilligung von Libero-Abos für IV-Rentner:innen; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Lara Müller (Die Mitte), Fraktion GLP/EVP/EDU vom 12. Juni 2025
- Interpellation I 12/2025 betreffend was haben die Grube Buchholz und der geplante neue Werkhof in Allmendingen mit dem Ortsbildschutz zu tun?; Sandro Badertscher (Parteilos), Marc Fritschi (Parteilos), Matthias Zellweger (Parteilos)
- Interpellation I 13/2025 betreffend Smart-Water-Technologien und Wassersensibilisierung; Marianna Oesch Bartlome (SP), Fraktion SP vom 12. Juni 2025
- Interpellation I 14/2025 betreffend Nutzung Schoren Schulhaus; Thomas Bieri (SVP), Fraktion SVP vom 12. Juni 2025

Der Stadtratspräsident


Thomas Lanz

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder